

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum  
**05.09.2013**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Jugend und Soziales**  
Schriftführung  
Hans Jörg Fedder  
Telefon-Nr.  
**02202-142863**

## **Niederschrift**

**Jugendhilfeausschuss**  
**Sitzung am Donnerstag, 18.07.2013**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**15:00 Uhr - 16:45 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.06.2013 - öffentlicher Teil**  
*0373/2013*
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

- 5**      **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6**      **Modellprojekt "Großtagespflege"**  
*0268/2013/1*
- 7**      **Anträge der Fraktionen**
- 8**      **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Frau Münzer eröffnet die 20. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der laufenden Wahlperiode und gibt bekannt, welche Ausschussmitglieder nicht anwesend sind und welche Vertreter an der Sitzung teilnehmen (*s. Anlage 1: Teilnehmerliste*). Ferner stellt sie die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Frau Münzer erinnert an die anschließende Ratssitzung und bittet darum, die Ausschusssitzung pünktlich schließen zu können.

Sie begrüßt unter Beifall des Ausschusses Frau Schlich als neue Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Jugend und Soziales mit einer Blumengabe und wünscht eine gute Zusammenarbeit. Frau Schlich bedankt sich und freut sich ebenfalls auf eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Ausschuss.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.06.2013 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.06.2013 - öffentlicher Teil 0373/2013

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### 4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Frau Münzer trägt keine Mitteilungen vor.

#### 5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Haas verweist auf die als Tischvorlage verteilten Broschüren „Was Jugendämter leisten – Fragen und Antworten“ und „Kinderschutz: Was Jugendämter leisten“ aus der Aktion „Unterstützung, die ankommt“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter. Bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter kann sich jeder über Kampagnen und ähnliches informieren.

**6. Modellprojekt "Großtagespflege"**  
0268/2013/1

Herr Buchen (CDU-Fraktion) verweist auf noch bestehende Unsicherheiten, ob der gewünschte Standort realisiert werden kann, ob sich das Projekt bei einer geringen Auslastung (mit der Folge dann teurerer Plätze) noch rechnet und hinsichtlich der Ziele, an denen das Projekt gemessen werden soll. Er spricht sich für das Modellprojekt aus, weil

- es sich um ein Modellprojekt handelt, durch dessen Auswertung Sicherheit gewonnen werden kann, und externe Mittel zur Verfügung stehen.
- auch nach einem Beginn des Modellprojektes zum jetzigen Zeitpunkt nach den Sommerferien noch die Möglichkeit besteht, sich inhaltlich mit der Großtagespflege auseinanderzusetzen und Ziele zu formulieren. Er geht davon aus, dass der Träger positiv an Zielen gemessen werden möchte.
- noch Kinder mit Plätzen versorgt werden müssen. In den letzten Jahren wurde sehr viel für eine qualitativ und quantitativ bessere Versorgung getan. Auch wenn es sich hier nur um neun Plätze handele, wolle er zwei Wochen vor Beginn des Rechtsanspruchs nur ungern auf diese Möglichkeit verzichten.

Im weiteren Verlauf der Beratungen werde er noch Anpassungen auch im Beschlusstext vorschlagen.

Herr Mumdey ist der Auffassung, es gebe im kommunalpolitischen Dasein häufig Unsicherheiten z. B. bei den Einnahmen und im Jugendhilfebereich beim Zuzug von Familien mit Kindern. Bergisch Gladbach sei eine der wenigen Gegenden in Nordrhein-Westfalen mit einer positiven Tendenz. Bestehende Risiken bekäme man nicht durch eine weitere Beratungsrunde in den Griff. Er befürwortet zumindest einen Versuch, über den später gesprochen werden könne.

Für Herrn Dr. Bernhauser (CDU-Fraktion) zeichnet sich ein Modellprojekt durch eine Evaluation, eine wissenschaftliche Begleitung und Auswertung aus. Er möchte wissen, wie möglichst extern evaluiert wird. Außerdem möchte er wissen, ob in Bergisch Gladbach noch ausgebildete Tagespflegepersonen zur Verfügung stehen, die zurzeit wegen fehlender Nachfrage keine Tagespflegekinder bekommen.

Herr Zenz geht von einer erstmaligen Auswertung des Modellprojektes nach einem Jahr aus. Eine wissenschaftliche Evaluation sei bislang nicht beabsichtigt. Im Juni standen noch 23 Tagespflegeplätze zur Verfügung, von denen am Sitzungstag die Hälfte besetzt waren. Er gehe davon aus, dass sich diese Entwicklung fortsetze. In früheren Jahren waren im August ca. 60 % der Plätze belegt. Dieses Jahr seien 88 % der Plätze belegt.

Herr Kreutz (SPD-Fraktion) sieht die Großtagespflege als einen Baustein in der sozialen Stadtentwicklung. Er teile die Auffassung, in Refrath und Bensberg würde eine Kita gebraucht. Die Großtagespflege sei kein Ersatz dafür, sondern eine Ergänzung. Bergisch Gladbach müsse nicht nur für seine Einwohner, sondern für Eltern von außerhalb attraktiv sein.

Ein wesentlicher Vorteil der Großtagespflege bestehe in der Kontinuität der Betreuung. Durch die Festanstellung der Betreuerinnen sei das Modellprojekt für die Eltern planbar. Hinsichtlich der Kosten sei eine Großtagespflegeeinrichtung flexibler nutzbar: Sie sei leichter zu schließen und an einer anderen Stelle wieder zu öffnen als eine Kindertagesstätte.

Ein Modellprojekt müsse evaluiert und diskutiert werden. Wenn Ergebnisse vorliegen, könne eine Klausurtagung durchgeführt werden. Er sei für eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung.

Herr Droege (Katholische Kirche) spricht sich aus fachlicher Sicht gegen dieses Modellprojekt aus. Es werfe zu viele Fragen auf, zumindest dann, wenn es eine dritte Säule eröffnen soll. Es müsse klar sein, dass es sich um ein zunächst zu evaluierendes Modellprojekt handelt und nicht an anderer Stelle ein ähnliches Projekt gestartet wird. Dies müsse auch bei der Beschlussfassung berücksichtigt werden.

Er erinnert an einen Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 25.01.2012: „Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten und Grenzen von Großtagespflegestellen für die Tagesbetreuung in Bergisch Gladbach unter Beteiligung der freien Träger auszuloten und darzustellen, welche Ressourcen einschließlich der fachlichen Begleitung und Unterstützung erforderlich wären, um gelingende Großtagespflegestellen einzurichten.“ Dieser Beschluss liege eineinhalb Jahre zurück. Er wünsche sich, dass solche Aufträge auch umgesetzt werden, auch wenn den Möglichkeiten der Verwaltung des Jugendamtes Grenzen gesetzt sind. In solchen Fällen müsse mit dem Jugendhilfeausschuss gesprochen werden. Er habe gehört, dass die entsprechende Stelle seit Januar besetzt sei und innerhalb der Verwaltung das Thema besprochen wird. Er hätte sich eine umfassendere Einbindung des Jugendhilfeausschusses gewünscht und nicht wie in der letzten Sitzung vor Tatsachen gestellt zu werden. Viele Fragen seien noch nicht geklärt.

Herr Mumdey führt aus, mehr als dieses eine Projekt sei finanziell nicht darstellbar. Ohne weitere Beschlüsse der Fraktionen zu den Haushaltsberatungen könne es kein weiteres Projekt geben. Zur inhaltlichen Diskussion verweist er auf die vorhandenen Vorlagen; selbstverständlich stehe die Verwaltung für Diskussionen zur Verfügung.

Herr Cleve (FDP-Fraktion) differenziert ebenfalls nach grundsätzlichen Fragen der Großtagespflege und dem Modellprojekt. Der angedachte Prozess zur Großtagespflege als neuer Säule in der Kindertagesbetreuung sei nicht richtig gelungen. Er vermisse eine grundlegende Diskussion. Zu den vielen Unwägbarkeiten gehöre die Frage nach einem Bedarf am vorgeschlagenen Standort, nach dem Bedarf im u3-Bereich, der Entwicklung der Kinderzahlen und den Problemen mit dem Standort. Vor dem Start eines Modellprojektes hätte er sich einen Konsens über Vorgehensweise und Ziele gewünscht. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt halte er ein Modellprojekt für bedenklich.

Frau Schöttler-Fuchs (SPD-Fraktion) erinnert an die Vorlage aus der letzten Sitzung dieses Ausschusses. Im Januar sei die Stelle besetzt worden, die sich ausschließlich mit der Großtagespflege befasst. Sie habe die Vorlage so verstanden, dass über den aktuellen Sachstand informiert werden sollte und in der Verwaltung an dem Projekt gearbeitet würde. Die heutige Vorlage erfordere nur noch einen Beschluss; sogar die Finanzierung dieses Projektes sei gesichert. Unbestritten fehlen Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Sie appelliert an den Ausschuss und die freien Träger, dem Modellprojekt zuzustimmen.

Frau Lehnert (CDU-Fraktion) teilt die Auffassung Frau Schöttler-Fuchs' über den Verfahrensablauf nicht. Zu Beginn sei das Informationsbedürfnis z. B. über die verschiedenen Modelle der Großtagespflege noch sehr groß gewesen. Es gebe noch verschiedene Fragen; die Vorlage komme etwas plötzlich. Fragen hinsichtlich der Verkehrssituation, weiterer Träger und der finanziellen Situation für weitere Haushaltsjahre und dem tatsächlichen Bedarf seien noch unbeantwortet.

Herr Mumdey stellt klar, dass sich aus der Sicht der Verwaltung Träger schon Gedanken machen sollen, wer zur Übernahme eines weiteren Projektes dieser Art bereit wäre. Ein Start sei aber erst möglich, wenn im Haushalt des nächsten Jahres Mittel bereitstehen.

Frau Münzer meint, dass die Träger entsprechend informiert werden müssten. Auch die Träger hätten einen großen Informationsbedarf.

Herr Zenz verweist bezüglich der verkehrlichen Situation in diesem Teil der Goldbornstraße auf eine Tischvorlage (s. Anlage 3) mit Fotos und Plänen, die er erläutert. Er weist u. a. darauf hin, dass neun Plätze in der Großtagespflege mit entsprechenden An- und Abfahrten geplant sind.

Für Herrn Dr. Bernhauser ist eine Evaluation ohne eine konkrete Zieldefinition nicht möglich. Ein Rückblick nach einem Jahr aus persönlicher Einschätzung sei zu wenig. Angesichts des vom zweiten Jahr an teuren Projekt könne auch eine externe wissenschaftliche Evaluierung der Fachhochschule für Sozialwesen bezahlt werden. Davon könne am meisten profitiert werden.

Frau Becker (Amt für Diakonie) ist ebenfalls der Meinung, dass noch viele Fragen offen sind. Beispielfür eine bessere Diskussionskultur war das Verfahren bei den Kürzungen in der Offenen Jugendarbeit.

Herr Schnöring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich dafür aus, den Modellversuch zu starten. Nach einer gewissen Zeit sollen Konsequenzen aus dem Modellversuch gezogen werden. Insofern teile er die Auffassung Herrn Dr. Bernhausers.

Es handele sich um einen ergebnis- und trägeroffenen Prozess, in dem sich keiner übergegangen fühlen sollte, zum richtigen Zeitpunkt wieder einzusteigen. Er sieht hier einen neuen Baustein in der Kinderbetreuung in Bergisch Gladbach.

Herr Köchling (Caritasverband Rhein Berg) kann sich an kaum eine Vorlage erinnern, die so viele offene Fragen und Unsicherheiten zum Zeitpunkt der Entscheidung mit sich brachte wie diese. Er sieht für dieses Projekt keinen pädagogischen Bedarf, aber einen Versorgungsdruck für die Stadt. Er könne sich allerdings vorstellen, dass der Bedarf so groß sei, dass die Verwaltung für eine Übergangszeit auf eine solche Lösung zurückgreifen müsse. Die Kindertagespflege als solche sei ein gutes Instrument.

Bei der Großtagespflege handele es sich um eine neue Institution, die über die Kindertagespflege in größerem Umfang hinausgehe. Die Herausforderung für die dort Arbeitenden sei eine ganz andere. Er halte den Einsatz mindestens einer erfahrenen Fachkraft für erforderlich.

Der Landschaftsverband solle Modelle entwickeln, evaluieren und daraus Qualitätsstandards entwickelt. Das könne der Jugendhilfeausschuss anregen.

Herr Cleve erinnert an die Einsparungen der letzten Jahre im Bereich der Jugendhilfe. Dieser erfolgreiche Kurs wird wieder verlassen. Frau Schöttler-Fuchs' Auffassung, die Finanzierung der Großtagespflege sei gesichert, teilt er nicht. Er beantragt die Beratung der Vorlage im Haupt- und Finanzausschuss. Die Verwendung von ESF-Mitteln sei jedenfalls kein Grund, dies nicht zu tun.

Die Anmietung von Räumlichkeiten und die Festanstellung der Pflegepersonen erinnern ihn an eine „Kita light“. Der Ausdruck „Kita light“ sei aber nicht auf die pädagogische Qualität gerichtet. Er sei sich sicher, dass die Kreativitätsschule die Aufgabe gut erledigen würde. Von der Kreativitätsschule möchte er wissen, ob diese nicht eine Kindertagesstätte anstatt der Großtagespflege betreiben würde. Eine Kindertagesstätte, für die es möglicherweise Investitionsmittel gibt, sei für die Stadt vorteilhafter. Außerdem sei eine Deckung des höheren Ü3-Bedarfs besser als des geringeren U3-Bedarfs. Er sehe durchaus die Vorteile einer Großtagespflege, plädiere aber dafür, nach der Sommerpause ergebnisoffen darüber zu sprechen.

Frau Forster (Kreativitätsschule) erklärt, die Kreativitätsschule übernehme gerne auch die Trägerschaft über eine Kindertageseinrichtung. Die politische Diskussion wird aber um die Einführung eines flexiblen Instrumentes für die Stadt geführt. Eine Kindertageseinrichtung binde die Stadt über viele Jahre, was im Endeffekt teurer würde als das vorgeschlagene Modellprojekt.

An die Großtagespflege würden sehr hohe qualitative Ansprüche gestellt. Für ein- bis dreijährige Kinder ist eine sehr geschützte familienähnliche Situation mit nur neun Kindern gegenüber einer großen Kita sehr gut.

Herr Mumdey hält eine Beteiligung im Haupt- und Finanzausschuss angesichts des finanziellen Volumens für entbehrlich.

Herr Kreutz weist darauf hin, dass in der Diskussion vieles zusammengeworfen wird. Die Regelung der Parksituation sei eigentlich Sache der Verwaltung. Im letzten Monat sei über die Großtagespflege mehr diskutiert worden als über andere strittige Themen. Für den angesprochenen Versorgungsdruck – es sollen insgesamt 262 Plätze fehlen – sei das Modellprojekt ein Baustein.

Herr Klein (Fraktion DIE LINKE./BfBB) erinnert an die Fragen seiner Fraktion; von denen noch einige unbeantwortet bleiben. Er teilt Herrn Droeges Ansicht, einen Prüfauftrag erst nicht zu bearbei-

ten und dann überfallartig eine Vorlage zur Abstimmung zu stellen. Nach seiner Ansicht befürchtet die Verwaltung Klagen von Eltern, die ihre Kinder nicht untergebracht bekommen. Ü3-Plätze wurden zugunsten von U3-Plätzen reduziert. In der Tischvorlage wird darauf verwiesen, dass es in Schildgen keinen Platzbedarf gibt. Die vom Bürgermeister genannte Platzzahl sei deutlich niedriger als die Zahlen, die im Frühjahr und im Herbst in den entsprechenden Vorlagen genannt werden.

Herr Klein vermisst die Kostentransparenz. Zu den Kosten eines Alternativprojektes in Schildgen wird in der Vorlage nichts gesagt. Im Hinblick auf die Ausführungen Herrn Mumdeys sei es durchaus prüfwürdig, wo eine günstigere Lösung möglich sei.

Absicht sei, für zwei Jahre den Druck aus dem U3-Bereich zu nehmen. Eine Fortführung über das zweite Jahr hinaus sei nicht beabsichtigt. Nach dem Auslaufen der Verträge sei ein Ausbau der Ü3-Plätze geplant, weil es hier einen eklatanten Fehlbedarf gibt. Für zwei Jahre findet er Kosten in Höhe von 120.000 € sehr hoch.

Bedarf gibt es an verschiedenen Standorten. Nach seinen Erkenntnissen haben Einrichtungen in Schildgen mehreren Eltern abgesagt. Herr Klein findet es falsch, sich nur mit einem einzigen Angebot zu beschäftigen. Kriterium solle sein, wo ein solches Projekt am günstigsten verwirklicht werden kann. Danach soll geprüft werden, ob es dort einen Bedarf gibt.

Bezüglich der nicht zustande gekommenen vierten Gruppe in Schildgen spricht er sich für nochmalige Verhandlungen zwischen dem Bürgermeister und der katholischen Kirche aus.

Herr Zenz erklärt, die Verhandlungen mit der katholischen Kirchengemeinde seien gar nicht bis zur Kostenfrage gekommen. Das erste und zweite Obergeschoss des Pfarrhauses kommen an dieser Straße so nicht für eine Großtagespflege infrage. Gesprochen wurde über die vierte Gruppe, in deren Räumen bereits eine Kindertagespflege untergebracht ist. Über die Unterbringung einer Großtagespflege kann verhandelt werden, wenn die vierte Gruppe nicht zustande kommt und die Investivmittel ausreichen. Weitere Voraussetzungen sind ein konkreter Bedarf in Schildgen, dass die Räume in der Kindertagesstätte weiter zur Verfügung stehen und es für die Kindertagespflege dort eine Alternative gibt.

Die Statistik entspreche nicht dem Erleben der Verwaltung des Jugendamtes. Inzwischen gibt es zwei Nachfragen aus Schildgen. In anderen Teilen der Stadt sei dies anders. Wo die Kinder untergebracht sind, die keinen Platz in Schildgen bekamen, sei nicht bekannt. Bei der Verwaltung des Jugendamtes seien keine Anfragen angekommen.

Die Verwaltung des Jugendamtes versuche, die Angebote möglichst nahe an die Nachfrage zu bringen. Läge ein Angebot näher an Refrath oder Bensberg, hätte die Verwaltung dieses vorgeschlagen. Herr Zenz trägt das Fazit der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe (2. Treffen der AG zur Großtagespflege am 09.07.) wie folgt vor: „Durch die Beantwortung der Fragen, die in der Vorlage für den Jugendhilfeausschuss am 18.07.2013 dokumentiert sind, sind viele Dinge geklärt worden. Die Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe bewertet die Durchführung des Modellprojektes Großtagespflege positiv. Das Projekt kann dazu dienen, noch offene Fragen zu klären. Die Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe hat auf kritische Punkte hingewiesen, die in der Modellphase besonders zu beachten sind (z. B. Qualifikation der Kindertagespflegepersonen, Auskömmlichkeit der veranschlagten Personalkosten, Kontinuität, Verlässlichkeit des Angebotes, Auslastung der Belegungskapazität). Die Ergebnisse des Modellprojektes sollen veröffentlicht werden, damit andere interessierte Träger davon profitieren können und das Projekt kritisch konstruktiv begleitet werden kann. (Eine erste Auswertung soll nach einem Jahr Laufzeit erfolgen.)“ Das vorangegangene Zitat ist dem noch nicht genehmigten Protokoll der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft entnommen.

Herr Droege spricht sich dafür aus, nicht von einer dritten Säule, sondern von einem Modellprojekt zu sprechen, dieses auszuwerten und mit der zugesagten Diskussion zu beginnen. Der Jugendhilfeausschuss müsse auch klären, wie die Kinder dieser Stadt betreut werden sollen. Das sei nicht nur eine Frage der Großtagespflege. Vor einiger Zeit wurden Entscheidungen getroffen, mit denen sich der Jugendhilfeausschuss befassen müsse, z. B. mit der Sinnhaftigkeit einer weiteren Kita. Wichtig sei eine Evaluation der Großtagespflege. Er habe zwar an der Arbeitsgemeinschaft selbst nicht teilgenommen; sein Vertreter habe die Beratung aber anders erlebt als von Herrn Zenz dargestellt.

Herr Buchen weist auf den Zusammenschluss selbständiger Tagespflegepersonen als anderen denkbaren Ansatz hin. So werde vom Kreisjugendamt verfahren. Eine Vertagung sei nicht sinnvoll, weil der Ausschuss in ein paar Monaten wieder so stehe wie heute. Er spricht sich für eine deutlichere Beschlussfassung dahingehend aus, dass es sich um einen auf zwei Jahre angelegten Modellversuch handelt (Ziffer 1 des Beschlussvorschlags). Es gehe nicht automatisch um die Installation einer dritten Säule. Er beantragt einen dritten Beschlusspunkt wie folgt: „Der Jugendhilfeausschuss befasst sich Ende 2014 mit dem Modellprojekt und entscheidet, ob diese Großtagespflege über zwei Jahre hinaus fortgeführt wird.“ Dies gebe dem Jugendhilfeausschuss die Möglichkeit einer Orientierung und dem Träger die Möglichkeit weiter planen zu können. Nach den Sommerferien kann sich der Ausschuss inhaltlich mit dem Thema weiter beschäftigen.

Herr Klein befürchtet, dass der Ausschuss 2014 vor derselben Schwierigkeit wie heute steht, nämlich einen neuen Beschluss fassen zu müssen. Beschlüsse würden nicht immer im Sinne des Ausschusses abgearbeitet. Er geht nochmals auf eine Ansiedlung in Schildgen und die Kostenfrage ein. Der Trend gehe zu Familien mit mehreren Kindern. Durch Abfragen könne auf die zukünftige Entwicklung geschlossen werden.

Auf Anfrage Herrn Köchlings teilt Herr Zenz mit, dass § 4 Abs. 2 KiBiz Grundlage der Großtagespflege ist. Diese Vorschrift geht von qualifizierten Tagespflegepersonen aus. Qualifizierte Tagespflegeperson ist, wer 160 Stunden Curriculum hinter sich hat. Alle drei Personen, die eingesetzt werden sollen, müssen diese Qualifizierung mitbringen. Sie müssen aber keine Erzieherin, Kinderpflegerin oder ähnliches sein. Wenn der Ausschuss etwas anderes festlegt, reicht der Personalkostenansatz möglicherweise nicht aus.

Das KiBiz lässt sowohl die gleichzeitige Betreuung von maximal fünf Kindern zu, aber auch die Betreuung von maximal acht Kindern, diese aber nicht gleichzeitig nur von einer qualifizierten Tagespflegeperson. In der Großtagespflege sollen neun Kinder betreut werden, dafür sollen 2 ½ Stellen eingerichtet werden.

Herr Dr. Bernhauser geht von einer Aufteilung der Tagespflegepersonen auf die 2 ½ Stellen und damit von einem Wechsel der Bezugspersonen für die betreuten Kinder aus. Man müsse sich überlegen, ob das gut für die Kinder ist.

Dazu verweist Herr Zenz auf Kindertagesstätten mit der Gruppenform I. Selbstverständlich müsse geprüft werden, wie das Personalkarussell funktioniere. Diesen Aspekt möchte auch die Arbeitsgemeinschaft genauer überprüft haben. Hier müssen erst Erfahrungen gesammelt und die Ergebnisse nach einem Jahr ausgewertet werden.

Frau Münzer ergänzt, dass die meisten angehenden Tagespflegeeltern pädagogisch vorgebildet sind.

Auf Nachfrage Herrn Kleins erklärt Herr Zenz, die Nutzungsänderung für das anzumietende Gebäude Goldbornstraße 85 sei noch nicht genehmigt. Weitere Schritte hängen auch von einem positiven Ausschussbeschluss ab. Der Kostenunterschied zwischen diesem Gebäude und dem (Pfarr-)Haus in Schildgen kann nur in der Miete liegen. Da die Verwaltung kein Interesse an einer Anmietung des Pfarrhauses habe, sei auch über die Miethöhe bisher nicht gesprochen worden.

Herr Klein sieht den Grund für das Entgegenkommen in Schildgen darin, dass die geringe Zahl Kinder in der Kindertagespflege in die Großtagespflege einbezogen werden könnte. Der frei werdende Raum im Kindergarten könnte für eine vierte Gruppe genutzt werden. Auf diese Weise könne der Platzbedarf für über Dreijährige in Schildgen massiv verringert werden.

Frau Münzer weist darauf hin, dass Schildgen heute nicht zur Debatte steht.

Herr Kikol (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband) spricht sich für eine Abstimmung in der heutigen Sitzung aus. Trotz einiger Bedenken hinsichtlich der Art der Entscheidungsfindung wird er dem Beschlussvorschlag zustimmen. Er habe den Eindruck, dass hier eine neue Säule geschaffen

wird. Der Vorschlag entferne sich vom Gesetz. Er bitte darum, dass man es bei dem einen Modellprojekt belässt.

Frau Münzer weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag zu 1. um eine Begrenzung auf zwei Jahre ergänzt werden soll. Außerdem wurde eine Ziffer 3: „Der Jugendhilfeausschuss befasst sich Ende 2014 mit dem Modellprojekt und entscheidet, ob diese Großtagespflege über zwei Jahre hinaus fortgeführt wird.“ beantragt.

Herr Kreutz beantragt die rechtzeitige Einrichtung eines interfraktionellen Arbeitskreises, der sich Ende 2014 mit dem Thema befasst. Er solle mit der AG Jugendhilfe in einen Dialog treten.

Herr Dr. Bernhauser ist damit einverstanden, dass später über eine externe Evaluation entschieden wird. Ihm liege daran, dass diese Evaluation nicht durch die Verwaltung selbst erfolgt. Herr Haas schlägt vor, diese Entscheidung in der ersten Sitzung 2014 zu treffen.

Frau Forster (Kreativitätsschule) verlässt befangen den Sitzungsraum.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich gegen eine Stimme der FDP-Fraktion)

Der Antrag auf Beratung im Haupt- und Finanzausschuss wird abgelehnt.

2. (mehrheitlich gegen zwei Stimmen bei zwei Enthaltungen)

In Trägerschaft der Kreativitätsschule Bergisch Gladbach e.V. soll begrenzt auf zwei Jahre an einem ersten Standort das Modellprojekt Großtagespflege, entsprechend den in der Vorlage formulierten Eckpunkten, erprobt werden.

3. (einstimmig bei drei Enthaltungen)

Die Finanzierung erfolgt aus Einnahmen im Zusammenhang mit dem Belastungsausgleichsgesetz (BAG), die im Haushalt 2013 bisher nicht etatisiert waren.

4. (mehrheitlich gegen eine Stimme bei einer Enthaltung)

Der Jugendhilfeausschuss befasst sich Ende 2014 mit dem Modellprojekt und entscheidet, ob diese Großtagespflege über zwei Jahre hinaus fortgeführt wird. Im dritten Quartal 2014 wird ein interfraktioneller Arbeitskreis aus Mitgliedern der Fraktionen eingerichtet, der sich in Absprache mit der AG Jugendhilfe mit dem Sachverhalt befassen soll.

## **7. Anträge der Fraktionen**

Es werden keine Anträge gestellt.

## **8. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Buchen

Das Thema „Spielplätze“ ist bei mir immer wieder auf der Tagesordnung. Ich frage ja hier regelmäßig an, genauso wie ich im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr regelmäßig anfrage. Wir kommen nicht so wirklich weiter. Ich weiß, wir haben hier auch schon öfter angefragt, ob wir die Spielplatzbedarfsplanung, also quantitativ wie auch qualitativ, fortführen. Wir haben die Ressourcen dafür gehabt. Ich möchte Sie bitten – das ist eine Mischung aus Anfrage und Antrag: Ich würde gerne von der Verwaltung im nächsten Jugendhilfeausschuss eine Vorlage haben nach dem Motto: Wenn wir uns mit dem Thema Spielplätze wirklich fachlich-inhaltlich hier im Jugendhilfeausschuss befassen und damit auch natürlich die Vorarbeit im Jugendamt geleistet werden muss: Welche anderen Themen müssten dafür dann z. B. liegen bleiben oder könnten nicht bearbeitet werden? Damit wir einfach auch die Möglichkeit haben zu sagen: Uns ist das Thema Spielplätze z. B. wichtiger als ein anderes Thema und deswegen möchten wir jetzt am Thema Spielplätze arbeiten. Das würde ich mir für die nächste Jugendhilfeausschusssitzung wünschen. Dann können wir nämlich fachlich darüber diskutieren, ob wir in das Thema fachlich einsteigen oder nicht.

Frau Münzer

Herr Zenz hat mitgeschrieben. Ich denke, dann ist das jetzt gebucht.

Herr Schnöring

Auch zum Bereich Spielplätze: Es hat wohl vor einigen Monaten einen tödlichen Unfall auf einem Spielplatz (nicht in Bergisch Gladbach) gegeben. Ich würde gerne mal wissen, wie die Kontrollen hier in Gladbach aussehen und wann sie stattfinden, wie oft im Jahr, und wie viele Personen dafür zuständig sind. Gibt es genug Personal für die Durchführung dieser Kontrollen?

Das war die erste Frage. Die zweite Frage betrifft den Jugendzeltplatz, der jetzt an eine Privatperson verkauft wurde, wie ich in der Zeitung gelesen habe. Damit sind wir wahrscheinlich als Fachausschuss draußen und haben wahrscheinlich damit nichts mehr mit zu tun. Aber ich denke, die Verwaltung berichtet jetzt, inwieweit die Auflagen – das ist ja Naturschutzgebiet – da sind ja keine Bauten dann möglich, inwieweit die Stadtverwaltung ein Auge drauf wirft. Oder ist das Sache der Kreisverwaltung? Ich hätte schon gerne Informationen darüber, was weiter auf dem Gelände passiert. Es ist die Frage, ob ein Reiterhof da hin soll. Oder haben wir jetzt gar nichts mehr damit zu tun?

Herr Cleve

Ich habe eine kurze Anfrage zum Thema Delfin 4:

Wenn die Sprachförderung abgeschlossen ist, findet da noch mal ein Überprüfungstest statt oder etwas in der Art, ob die Sprachförderung ein Gewinn war? Gibt es so einen Test? Oder weiß man eigentlich gar nicht darüber Bescheid, ob die Förderung erfolgreich ist oder nicht?

Die Frage wird schriftlich beantwortet.

Frau Münzer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 16. 41 Uhr.

---

gez. Münzer  
Vorsitzende

---

Schriftführung